

Bezugs-Preis

Mr. Börsig und Sohn sind wieder
Zeiger und Spediteure im Stadtgebiet:
Waggon A (nur morgens) vierstündig
8 M., nachmittags 1 M.,
Waggon B (nachmittags und abends) vierstündig
8 M., nachmittags 1.50 M.
S. und S. (nachmittags) vierstündig
1.25 M., nachmittags 1.75 M., nachts 2 M.,
nachmittags 1.50 M., nachts 2 M.
Unges. 8 K. vierstündig.
Konserven-Warenhaus: Augustusplatz 8
bei unterm Dach, kleinen Spezialitäten
und Konfektionswaren, sowie Schmuck und
Ornamente.

Die einzige Bierbrauerei 10 Pf.

Reparaturen und Reparationen:

Druckerei 8.

Kleiderhaus Nr. 1492, Nr. 1493, Nr. 1494.

Berliner Zeitung und Zeitung:

Berlin NW. 7 Berlin West Zeitung
Strasse 1, Telefon 1. Nr. 9575.

Leipziger Tageblatt

und Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Nr. 252.

Mittwoch 11. September 1907.

101. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

* Der Kaiser traf gestern nachmittag vom Rennbäckfeld in Wilhelmshöhe ein.

* In Eisenach wurde gestern der Allgemeine deutsche Bergmannstag in Gegenwart des Großherzogs eröffnet. (S. Deutschl. Bl.)

* In Braunschweig sind sämtliche Bauarbeiter in den Ausstand getreten. Alle Bauten liegen still.

* Die Japaner in Vancouver sind zu bewaffnetem Selbstschutz gegen die weißen Bewohner der Stadt übergegangen. (S. d. sel. Art. und Ausl.)

* Gestern hat, wie aus Tokio gemeldet wird, die Ausweichung der Ratifikationsurkunden des russisch-japanischen Vertrages stattgefunden. Die Veröffentlichung erfolgt morgen.

* Das Plenum der Schiedsgerichtskommission hat der Friedenskonferenz des deutsch-englisch-französisch-amerikanischen Entwurfes über die Errichtung eines internationalen Friedengerichts mit 26 gegen 2 (Brazilien und Türkei) bei 15 Stimmenabstimmungen, darunter Australien und Japan, angenommen.

* Aus London wird gemeldet: Nachfragen des Bureaus für Trauungslizenzen haben in bezug auf eine Trauung der Gräfin Montagu nichts ergeben. Jedenfalls ist eine sofortige Heirat ausgeschlossen, da gesetzlich ein vorheriger Aufenthalt von vierzehn Tagen im Lande erforderlich ist.

* In Los Angeles (Mexiko) hat sich eine schwere Explosion schlagender Wetter ereignet. Über 200 Menschen sind umgekommen. (S. Neues u. a. W.)

Die Tage der Wahl.

Am heutigen Tage und den beiden folgenden finden die Vorwahlen zur dreijährigen teilsamen Erneuerung unserer Sächsischen Zweiten Kammer statt. Damit ist der Wahlkampf zwar noch nicht beendet. Er zieht auch noch nach der Wahl der Wahlmänner fortgesetzt zu werden, um für die Kandidaten selbst Propaganda zu machen, deren endgültige Wahl am 26. September stattfinden soll. Im großen und ganzen aber sind diese drei Tage, in denen die verschiedenen Wahlklassen zur Wahl treten, für den Ausgang des Landtagswahl entscheidend. So ist denn auch gerade heute ein Wort in letzter Stunde vor der Wahl am Platze.

Denk man an die aufregenden Kämpfe zurück, die uns die Januarwahlen dieses Jahres für den Reichstag gebracht haben, so scheint der jetzt zu Ende gehende ländliche Landtagswahlkampf still und ohne Erregung verlaufen zu sein. Und es gibt „Politiker“, die dies mit einer gewissen Genugtuung konstatieren und daraus den Schluss ziehen, als hätte unser sächsisches Volk nur ein geringes Interesse für die Wahlen zur zweiten Kammer. Ja — es wird weiter daraus gefolgert, daß der Gegenstand des Wahlkampfes, die Frage, ob die konserватiven bestehen bleiben oder eine Einschränkung durch liberale Abgeordnete erfahren sollte, unter Volk gleichgültig lasse. Es würde nur auf, wenn es sich um die Entscheidungsfrage national oder nicht-national handle. Sonst aber sei es ihm einerlei, ob ein mehr oder weniger konservativer oder ein mehr liberaler Mann gewählt werde.

Es soll nicht gelogen werden, daß die ungeliebte Kartellpolitik der vergangenen Jahre es wirklich leicht gebracht hat, daß für eine große Menge von Bürgern die Unterschiede zwischen einer konserватiven und einer liberalen Politik ihre Schärfe verloren haben, doch an die Stelle dieser Unterscheidung wollen unfreie Vorstellungen getreten sind. Eine nur auf Geschäftsrätschaften bedachte Presse, die gänzlich die parteipolitisch verschwommenen Politik vertreten hat, um weder ihre konservativen noch ihre liberalen Anhänger vor den Kopf zu stoßen, hat das Übrige dazu beigebracht, um solche politische Unklarheit und parteipolitische Charakterlosigkeit groß zu ziehen.

Über die Hauptstadt auf einer gewissen Gleichäugigkeit in dem Landtagswahlkampf trug doch jenes unglückliche Wahlgesetz, daß vor einem Jahrzehnt gegen die Konservativen ein solches Übergewicht beim Ausgang der Wahl vor voraussehbar schien, daß darunter die Lust an einem fröhlichen Kampf der Geister vergehen muß. Das hat sich auch jetzt wieder gezeigt. So charaktervoll und energisch in einer sozialen Reihe von Wahlkreisen gekämpft worden ist, es gab auch eine ganze Anzahl Wahlkreise, in denen man vorherher den Konservativen das Feld überließ, in denen nun gerade sozialdemokratische Wählerkandidaten neben den Kandidaten der Konservativen aufgestellt wurden. In all diesen Wahlkreisen ist der Sinn für das politische Interesse an der Verwaltung des eigenen, engeren Vaterlandes durch das Wahlgesetz von 1896 gelöscht, wenn nicht gar gelöscht worden. Es betrifft Friedensstille. Nur der aber können sich nur die freuen, die selbst kein Verständnis für die soziale Wirkung jedes Staatsbürgers haben, durch Be teiligung an der Wahl für das Parlament am Wahl des Staates mit zu arbeiten. Auch die Frage nach der Wahlrechtsreform, die die Regierung durch ihren Entwurf denkmälerweise in den Wahlkampf gebracht hatte, konnte hier das Interesse nicht wecken. Denn in diesen Wahlkreisen ist eben der konservativen Bevölkerung durch das jetzt noch gültige Wahlrecht geschadet.

Um so erfreulicher ist es, daß an oberen Stellen des Landes, ja, den schließlich doch in der überwiegenden Anzahl der Wahlkreise noch ein lebhafter Wahlkampf erwacht ist. Bringt es auch die Natur des Landtagswahlkampfes mit sich, daß dieser Kampf mehr sozialen Charakter trägt und darum im einzelnen weniger in die breite Öffentlichkeit bringt — er zeigte doch von dem freilichen Erwachen parteipolitischen Interesses in Stadt und Land und wird in diesen Tagen der Wahl dafür sorgen, daß fröhlig um den Erfolg des Kampfes gerungen wird.

Mag sich dabei niemand noch in letzter Stunde von dem Gebannten einschüchtern lassen, daß es, wie in den letzten Wochen so oft geredet und geschrieben wurde, doch im Laufe des Winters zu einer Landtagsauflösung kommen werde und daß es darum jetzt gleichgültig sei, wie der Ausfall der Wahl ist. Das ist ein ganz irträgischer, ganz verhängnisvoller Gedanke, der momentan dem Liberalismus unverberbringlichen Schaden auflägen kann.

Wir müssen mit der Möglichkeit rechnen, daß die Handlung in der konserватiven Partei sich so vollzieht, daß sie alles versuchen wird, einen Kompromiß mit der Regierung abzuschließen, der den konservativen Wähler möglichst weit entgegenkommt und dabei eine Landtagsauflösung vermeidet. Je mehr Konervative in diesen Tagen in den Landtag gewählt werden, je größer ist die Gefahr. Je mehr Liberale als Abgeordnete aus der Wahlurne hervorgehen, um so mehr kann der Liberalismus seinen Einfluß geltend machen gleich bei den ersten Beratungen über den Wahlgesetzentwurf. Er hat es dann mit in der Hand, entweder etwaige Kompromisshandlungen mit der Regierung in seinem Geiste zu beeinflussen oder aber durch Ablehnung des Wahlgesetzes es zu verhindern, daß die Konservativen hierbei obliegen. Die Entscheidung der Frage, ob es zu einer Auflösung des Landtages kommt, liegt dann beim Liberalismus, muß bei ihm liegen!

Das sollte, abgesehen von allen anderen Fragen, die bei diesem Wahlkampf eine Rolle spielen, in diesen Tagen den wahlberechtigten Männern klar vor den Augen stehen. In diesem Sinne müssen sie selbst ihrer Wahlberechtigung genügen, in diesem Sinne lämmige Wähler herbeiseien und so die liberale Wählerschaft vermehren.

Reich auf zum tödlichen Kampf! Handelt es sich auch in dieser Wahl nicht um die artigen nationalen Güter des Deutschen Reichs — es steht doch wahrlich gerade genau auf dem Spiel. Unter Volk geht der Entscheidung entgegen, ob das Wahlrecht, das seit einem Jahrzehnt als ein schweres Wahlrecht auf ihm gelasert hat, endlich durch einen geistreichen, fortschrittlichen, im freiheitlichen Geiste gehaltenen Wahlrecht ersetzt werden soll.

Unser jährlisches Volk soll sich entscheiden, ob es der konservativen Rießeln leid tut will — ob es bereit ist, Männern in den Landtag zu verhelfen, die in volkstümlichem und fortschrittlichem Geiste an den Staatsgeschäften mitarbeiten wollen. Wer als liberaler Mann sich der Entscheidung dieser Frage entzieht, indem er traut und gleichgültig zu Hause bleibt, anstatt zu wählen, der wird zum Verrüder am Liberalismus.

Kritisch aufzudenken in den Kampf — dem Liberalismus freiere Bahn in unserem Landtag! —

Japaner in Kanada.

Die Ausschreitungen gegen Japaner und Chinesen, die sich in den letzten Tagen in Vancouver in British Columbia ereigneten, können höchst als folgenschwerer erweisen als die früheren Ausbrüche des Hasses gegen japanische Einwanderer an der kalifornischen Küste. Würde es überraschend, daß die Vorgänge in Kalifornien gleich zu einer erstaunlichen Förmung der Beziehungen zwischen Tokio und Washington führen, so könnten dadurch doch keine bestehenden diplomatischen Abmachungen von westpolitischer Tragweite berührt werden. Zwei Staaten, die sich bisher, wenigstens nach außen hin, völlig gleichgültig gewesen waren, streiten in Gegensatz zueinander. Diesmal aber handelt es sich um einen japanischen Nationalstreit aus tiester verdeckter Zwischenheit, der sich auf einem Gebiete des britischen, mit dem Laufe der aufsteigenden Sonne verbündeten Weltreiches abspielt. Und die Wirkungen dieses politischen Erdbebens müßten sich überall föhlbar machen, wohin die Londoner Bündnis- und Entente-vorläufige-Politik in den letzten Jahren ihre Fanganisse nur ausbreitete hat. Die Erhöhung, die die englisch-japanische Allianz erhält, muß sich dem prothaktischen Kartenhaus politischer Verträge mitteilen, das daran aufgebaut worden ist. Es droht sich unter diesen Umständen wohl, der asiatischeindischen Bewegung in Kanada etwas auf den Grund zu geben.

British Columbia ist noch wenig erschlossen, aber ein Land vielversprechender Zukunft. Sein Bergbau-, Holz- und Eisenbahnbereich reicht Schätze an Gold, Silber, Blei, Kupfer, Kohle und Petroleum; wie Bergbau und Industrie, so kommt auch die Landwirtschaft bei den vorhandenen Erbherrn stetig vorwärts. Und die Wirkungen dieses politischen Erdbebens müßten sich überall föhlbar machen, wohin die Londoner Bündnis- und Entente-vorläufige-Politik in den letzten Jahren ihre Fanganisse nur ausbreitete hat. Die Erhöhung, die die englisch-japanische Allianz erhält, muß sich dem prothaktischen Kartenhaus politischer Verträge mitteilen, das daran aufgebaut worden ist. Es droht sich unter diesen Umständen wohl, der asiatischeindischen Bewegung in Kanada etwas auf den Grund zu geben.

British Columbia ist noch wenig erschlossen, aber ein Land vielversprechender Zukunft. Sein Bergbau-, Holz- und Eisenbahnbereich reicht Schätze an Gold, Silber, Blei, Kupfer, Kohle und Petroleum; wie Bergbau und Industrie, so kommt auch die Landwirtschaft bei den vorhandenen Erbherrn stetig vorwärts. Und die Wirkungen dieses politischen Erdbebens müßten sich überall föhlbar machen, wohin die Londoner Bündnis- und Entente-vorläufige-Politik in den letzten Jahren ihre Fanganisse nur ausbreitete hat. Die Erhöhung, die die englisch-japanische Allianz erhält, muß sich dem prothaktischen Kartenhaus politischer Verträge mitteilen, das daran aufgebaut worden ist. Es droht sich unter diesen Umständen wohl, der asiatischeindischen Bewegung in Kanada etwas auf den Grund zu geben.

Ich habe mich darüber nachgedacht, ob der japanische Regierung jenseits gewesen sind oder einige Zeit geweilt haben. Auf welche hinweisen erstreckt sich die Kontrolle der japanischen Regierung selbstredend nicht.

In der Londoner „Morning Post“ wurde fürglich die Anerkennung einer hervorragenden Besinnlichkeit in British Columbia niedergegeben, die die Erhöhung der dortigen weichen Bevölkerung über die Grenzen, die ihrer Legislatur durch die japanfreundliche britische Politik ausgetragen sind, deutlich widerzeugt. „Für uns“, heißt es in der Ausfassung, bedeutet die Einwanderung von Männern eine ernsthafte Schärfe. Wir haben alles getan, was wir tun konnten, um sie fernzuhalten, aber die Bundesregierung steht nicht hinter uns, und alle unsere Maßnahmen — innewohnt wenigstens, als die Japaner in Betracht kommen — sind genehmigt worden. Wir dachten außerordentlich machtvoll zu sein, indem wir eine Maßnahme zur Beschränkung der Einwanderung vorschlugen, die in der Tat nichts anderes war wie die Alte, die in Kraft in Kraft ist, aber zu unserer Überraschung erfuhrn wir, daß selbst diese nicht erlaubt ist. Warum müssen welche, die für Südafrika und Australien funktioniert sind, uns verfolgt bleiben?“ Von der eigenen Regierung im Stück gelassen, hat die weiche Bevölkerung von British Columbia, wie die „Ostasiatische Korrespondenz“ vor einigen Tagen meldete, schon mit den Kaliforniern Rührung genommen. Die verschiedenen, an der pazifischen Küste Nordamerikas bestehenden Ausbildungsgesellschaften, darunter die von British Columbia, bereiteten eine Konvention vor, die die Richtlinien für eine gemeinsame politische Propaganda abgeben soll. Was bedeutet das anderes, als die japanische Wahrung für die Londoner Diplomatie, befreiten die letzten Konsequenzen des britisch-japanischen Bündnisses auszutunen. Der Gegenvorwurf, der in dieser Hinsicht zwischen der britischen auswärtigen Politik und der Volksstimme in Kanada besteht, ist ja auch durch die jüngsten Vorfälle in Kanada deutlich illustriert worden. Eine den Gouvernenten, den Honorable James Dandurand vorstehende Strohgruppe wurde vom Volk in einer der Hauptstädte verbrannt, als Zeichen des Protestes gegen dessen Weigerung, die antisemitische Vergütung der Legislatur von British Columbia zu unterstützen, die Japaner und Chinesen in gleicher Weise aus Kanada ausschließen sollte. Man kann nun gespannt darauf sein, wie man sich in Tokio und London mit den Vorfällen in Vancouver abfinden wird.

Deutsches Reich.

Leipzig, 11. September.

* Kongress. In Eisenach wurde gestern der zehnte Allgemeine deutscher Bergmannstag unter Beteiligung von über 1000 Teilnehmern im Saale der „Erzking“ eröffnet. Handelsminister Debrück, der weimarer Minister v. Buxemb., der Präsident des Reichsberuferschaftsminister Dr. Kaufmann und Oberbürgermeister Scheidegger (Eisenach) begrüßten die Versammlung. Beauftragter Scheidegger (Eisenach) und Ministerialdirektor Dr. Rebe (Weimar) und Generaladmiral Rudolph wurden zu Vorhenden geholt. Gegen 11 Uhr eröffnet der Großherzog von Sachsen-Weimar. Wir werden über den Verlauf der Tagung berichten, ebenso über die 18. Deutschen Handwerks- und Gewerbelektrometage, die gestern in Straßburg eröffnet wurde. Dort zeigt zugleich auch die Hauptversammlung des Deutschen Werkvertrags, die der Kaiserliche Stadthalter eröffnete.

* Ein Radetz als Wahlkreis. Aus Dresden schreibt man uns: Da den beiden interessantesten Wahlkreisen, in denen es sich um die politische Einstellung zweier sehr populärer Vertreter des sächsischen Parlaments handelt, hat gegenwärtig der Wahlkampf, der anfangs unter der üblichen Versicherung der Ausübung aller Rechte, verhindert, daß die beiden Kandidaten Dr. Scheidegger (Eisenach) und Oberbürgermeister Dr. Scheidegger (Eisenach) begrüßten die Versammlung. Beauftragter Scheidegger (Eisenach) und Ministerialdirektor Dr. Rebe (Weimar) und Generaladmiral Rudolph wurden zu Vorhenden geholt. Gegen 11 Uhr eröffnet der Großherzog von Sachsen-Weimar. Wir werden über den Verlauf der Tagung berichten, ebenso über die 18. Deutschen Handwerks- und Gewerbelektrometage, die gestern in Straßburg eröffnet wurde. Dort zeigt zugleich auch die Hauptversammlung des Deutschen Werkvertrags, die der Kaiserliche Stadthalter eröffnete.

* Ein Radetz als Wahlkreis. Aus Dresden schreibt man uns: Da den beiden interessantesten Wahlkreisen, in denen es sich um die politische Einstellung zweier sehr populärer Vertreter des sächsischen Parlaments handelt, hat gegenwärtig der Wahlkampf, der anfangs unter der üblichen Versicherung der Ausübung aller Rechte, verhindert, daß die beiden Kandidaten Dr. Scheidegger (Eisenach) und Oberbürgermeister Dr. Scheidegger (Eisenach) begrüßten die Versammlung. Beauftragter Scheidegger (Eisenach) und Ministerialdirektor Dr. Rebe (Weimar) und Generaladmiral Rudolph wurden zu Vorhenden geholt. Gegen 11 Uhr eröffnet der Großherzog von Sachsen-Weimar. Wir werden über den Verlauf der Tagung berichten, ebenso über die 18. Deutschen Handwerks- und Gewerbelektrometage, die gestern in Straßburg eröffnet wurde. Dort zeigt zugleich auch die Hauptversammlung des Deutschen Werkvertrags, die der Kaiserliche Stadthalter eröffnete.

* Erweiterung der amtsgerechtlichen Zusätzlichkeit geplant. Die Vorarbeiten für die Reform des amtsgerechtlichen Verfahrens, deren